Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen zu Qualitätskriterien für die Förderung von psychosozialen Beratungsstellen zu HIV-Infektionen, AIDS sowie anderen sexuell übertragbaren Infektionskrankheiten
gemäß RL Gesundheit und Versorgung vom 16. Dezember 2019

Stand: 17. Februar 2020

Die Landesdirektion Sachsen macht im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt die Zuwendungsvoraussetzungen gemäß Teil 2 Buchstabe A Ziffer IV Nr. 10 der RL Gesundheit und Versorgung bekannt:

Förderfähig sind Beratungsstellen, die mindestens folgende Leistungen anbieten:

- Information über die HIV-Infektion, die Krankheit AIDS und andere sexuell übertragbare Infektionskrankheiten (STI) über verschiedene Medien,
- persönliche Beratungen in der Beratungsstelle oder in anderen geeigneten Einrichtungen (mind. 20 Stunden an vier Werktagen pro Woche),
- telefonische Beratungen (auch außerhalb der persönlichen Beratungszeiten an den Werktagen) und E-Mail-Beratungen sowie
- regelmäßige Durchführung von Projekten zur HIV-/AIDS-Prävention oder Mitwirkung an einem solchen Projekt. (z.B. sexualpädagogische Präventionsveranstaltungen, insbesondere für Jugendliche, zielgruppenspezifische Projekte bei MSM)

Das Beratungsangebot soll mindestens folgende Inhalte umfassen:

- Information über HIV/AIDS und STI, entsprechende Präventions- bzw. Schutzmöglichkeiten, Test-Angebote,
- Information, Beratung und Betreuung von HIV-Infizierten und AIDS-Kranken sowie deren Angehörigen mit dem Ziel, die Verarbeitung der Erkrankung und deren Folgen zu unterstützen,
- psychosoziale Beratung und Unterstützung - Hilfe bei der Lösung von Problemen in Ehe, Familie, Bekanntenkreis und Beruf,
- Hilfe für die zukünftige Lebensgestaltung,
- Auskunft und Hinweise zu sozial-, versicherungs- und arbeitsrechtlichen Fragen sowie
- Kontaktvermittlung zu Betroffenen und/oder Selbsthilfegruppen.


Die Beratungsstellen haben

- mit den zuständigen Behörden und Einrichtungen auf Landes- und kommunaler Ebene, mit Ärzten, Kliniken und anderen sozialen Diensten sowie mit Selbsthilfegruppen zusammenzuarbeiten,
- Ihre Arbeit zu dokumentieren und der Landesdirektion Sachsen bis zum 31. März des Folgejahres einen standardisierten Jahresbericht elektronisch zu übersenden.
Die Träger der Beratungsstellen haben

- mit den zuständigen Behörden und Einrichtungen auf Landes- und kommunaler Ebe-
  ne zusammenzuarbeiten,
- der Bewilligungsbehörde die Notwendigkeit ihrer Beratungs-, Betreuungs- und Prä-
  ventionstätigkeit durch eine Bestätigung des örtlich zuständigen Gesundheitsamtes
  nachzuweisen. Insbesondere soll festgestellt werden, dass diese über die Wahrneh-
  mung amtlicher Aufgaben der Gesundheitsämter hinaus besteht. Für Beratungsstel-
  len mit überregionaler Bedeutung ist die Bedarfsbestätigung beim Staatsministerium
  für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt einzuholen, soweit dies nicht be-
  reits erfolgt ist.
- die Teilnahme an mindestens jährlich einer fachspezifischen Fortbildung für die
  Fachkräfte zu gewährleisten sowie
- Maßnahmen zur Qualitätssicherung der angebotenen Leistungen durchzuführen.
  Insbesondere sollen Leistungsbeschreibungen erstellt und aktualisiert werden.

Dr. Michael Birk
Referatsleiter Sozialförderung und Öffentliches Gesundheitswesen
Landesdirektion Sachsen